

Verlagsstelle und Redaktion: Dresden, N. 10, Helldorfstraße 40

Verlagspreis 21 200 Postgebühren: Leipzig Nr. 14797

Sächsische Volkszeitung

Abdruckrecht: ausschließlich in der Reichsdruckerei oder von der dort abgetrennten Ausgabe A mit Inhalt. Beilage 10.000 M. Ausgabe B 0.45 M. In Dresden und ganz Deutschland frei Haus Ausgabe A 10.05 M, Ausgabe B 0.90 M. — Die tägliche Postzeitung erscheint an allen Wochentagen nachm. — Druckdruck der Redaktion: 11 bis 12 Uhr vorm. Einzeln: Ausgabe von Reichsdruckerei Nr. 10 Nr. von Familienangelegenheiten Nr. 11 Nr. vorm. — Wert für die Reichsdruckerei 1.40 M. im Restamt 2.50 M. Familienangelegenheiten 1.80 M. — Für unentgeltlich gedruckene, sowie durch Briefträger ausgelegene Ausgaben können wir die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit der Kopie nicht übernehmen

Das Ende der „Kohlenfrage“!

Von einer hervorragenden führenden wirtschaftspolitischen Persönlichkeit gehen uns über die Entscheidung in Spanien in der Kohlenfrage folgende Ausführungen zu, die uns der allgerühmten Beachtung weitester Volksschichten wert erscheinen:

Am Abend des 15. Juli vollzog sich in Berlin ein mächtiges Schauspiel: Die Unabhängigen demonstrierten in Straßenmengen für die sofortige Sozialisierung des Bergbaues! Um die gleiche Stunde mußte in Spa das Kohlenabkommen unterzeichnet werden, das keine „Sozialisierung“ im Sinne der Unabhängigen mehr Raum läßt, das vielmehr die Ententeifizierung der deutschen Kohlenwerke in die Wege leitet!

Die „Kohlenfrage“ ist zu Ende, unsere wirtschaftlichen Leiden aber beginnen jetzt erst. Es soll in nachstehenden Ausführungen versucht werden, eine Darstellung über den Gang der Verhandlungen in der Kohlenfrage und ihr schließliches Ergebnis zu vermitteln. Um die Unterschiede zwischen dem deutschen Angebot und Ententeforderungen zu erkennen, muß man zunächst hervorheben, daß bezüglich der Menge der zu liefernden Kohlen der Vertrag von Versailles schließlich 40 Millionen Tonnen für das Jahr, also etwa 3,5 Millionen Tonnen monatlich fordert. Als die Verhandlungen in Spa über diesen Punkt begannen, standen die Dinge so: Ententeforderung 2,5 Millionen Tonnen monatlich, deutsches Angebot 1 Million Tonnen monatlich. Die Herabsetzung der Liefermengen um nicht weniger als eine Million Tonnen gegenüber den Versailles Bestimmungen läßt schon erkennen, daß sich die Entente übergeben mußte, daß die Auflagen des Versailler Dokumentes Unmöglichkeit, Unerschwinglichkeit und breite Ungeheuerlichkeiten enthalten. Trotzdem war die Differenz zwischen dem deutschen Angebot und Ententeforderung noch eine sehr erhebliche. Auf deutscher Seite mußte Rücksicht genommen werden auf die gesamte Wirtschafts- und Arbeitslage in Deutschland, die wiederum abhängig war von dem Stande der Arbeitskraft des deutschen Volkes. Für die Beurteilung der deutschen Arbeitsfähigkeit war wiederum der Stand der Ernährungfrage ausschlaggebend. Unter gewissen Voraussetzungen konnte durch eine Erhöhung der Förderleistung zugeführt werden, das geschah auch, indem deutscherseits eine stufenweise Ablieferung bis zu 1.700.000 Tonnen monatlich zugesagt wurde. Die Entente ihrerseits ermäßigte ihre Forderung von 2,5 Millionen Tonnen schließlich auf 2 Millionen Tonnen monatlich, beharrte dann aber unerwidelt bei dieser Forderung. Trotz allergrößter Bedenken hat sich schließlich die deutsche Delegation zur Unterzeichnung einer Forderung von 2 Millionen Tonnen Kohlen monatlich bereit erklärt. Gegenüber dem heutigen Stande werden wir vom 1. August an monatlich nicht weniger als 800.000 Tonnen Kohlen mehr an die Entente zu liefern haben als früher.

Was nun die Bezahlung der Kohlen angeht, so müssen gegenüber Versailles unabweisbar Verbesserungen festgestellt werden, namentlich die Regelung der Kohlenpreisfrage vom deutschen Standpunkte aus in keiner Weise befriedigen kann. Im Versailler Vertrag hatte man für uns aber für die damals auf 3,5 Millionen Tonnen sich bestimmende Kohlenmenge pro Monat überhaupt keine Bezahlung vorgesehen. Nach dem deutschen Angebot sollte die Entente aus dem Weltmarktpreis bewilligen. Bis zur Höhe des Inlandspreises sollte die Anerkennung auf Reparationskonto, das heißt Wiedergutmachungskonto, gesehen. Die Differenz zwischen Inlands- und Weltmarktpreis sollte in bar, und zwar zur Beschaffung von Lebensmitteln beglichen werden. Um welche Unterschiede es sich dabei handelt, sei dargestellt an der Preisstellung, daß der Inlandspreis für Kohlen augenblicklich 230 Mark pro Tonne beträgt, der Weltmarktpreis dagegen etwa 1250 Mark. Dieser deutsche Vorschlag ist von der Entente abgelehnt worden. Die Entente beharrte auf der, bei dem heutigen Marktaufstande der deutschen Mark geradezu außerordentlich weitgehenden Bestimmung des Versailler Friedensvertrages, wonach Deutschland für alle seine Sachleistungen nur den deutschen Inlandspreis angerechnet erhält. Diesen Inlandspreis will die Entente ebenfalls auf das Reparationskonto, das heißt Wiedergutmachungskonto verbuchen, also auf dieses Konto anrechnen. Darüber hinaus will sie, jedoch nur für Kohlen von besonderer Qualität, eine Prämie von 5 Goldmark, nach dem heutigen Stande der deutschen Markta etwa 50 Millionen Papiermark, in bar auszahlen. Bei einer Lieferung von 2 Millionen Tonnen Kohlen im Monat wird es sich also um monatlich 100 Millionen Mark handeln, die in bar an uns bezahlt würden, die aber unsererseits sofort wieder für den Erwerb von Zahlungsmitteln zurückgegeben werden müssen. Ueber den Inlandspreis und die 5 Mark Goldprämie hinaus — mit diesen beiden Summen würde für die Tonne Kohlen erst ein Betrag von 280 Mark gegenüber dem Weltmarktpreis von 1250 Mark erreicht sein! — stellt die Entente für sechs Monate einen Vorschlag in Höhe des Unterschiedes des eben genannten Preises und dem Ausfuhrpreis, der entweder für deutsche Kohlen in einem deutschen Hafen oder für englische Kohlen in einem englischen Hafen für den Weitertransport bezahlt wird. Alle diese Beträge werden nach dem Versailler Bestimmung dementsprechend und zwar wie uns gegenüber nur der jeweils geringere der Ausfuhrpreise sein, das heißt frei an Bord,

frei an Bord, deutscher oder englischer Hafen bezahlt. Um es noch einmal kurz zusammenzufassen: Die Entente wird uns auf das Wiedergutmachungskonto den Inlandspreis für deutsche Kohlen in Anrechnung bringen. Sie wird für Kohlen von gewisser Qualität eine Goldprämie von 5 Mark, also 50 Papiermark, in bar bezahlen. Für diese Summe werden wir Lebensmittel beziehen, und weiter wird bis zur Höhe des Ausfuhrpreises der sich ergebende Betrag vorgeschossen. Diese letzteren Vorschläge haben das Peinliche, daß sie nicht über das Wiedergutmachungskonto gehen, sondern daß sie wieder in bar deutscherseits zurückgezahlt werden müssen.

Die größten Schwierigkeiten, um die sich tagelang die bewegtesten Ausinandersetzungen drehten, betrafen einmal die Frage der Belieferung Deutschlands mit oberflächlicher Kohle und zum zweiten die Forderung der Entente auf deutscher Anerkennung des Rechts zur Besetzung des Ruhrgebietes. Was die oberflächliche Angelegenheit betrifft, so hatte die deutsche Delegation vorgeschlagen, daß Deutschland von der oberflächlichen Kohle künftig monatlich eine Menge von mindestens 1,5 Millionen Tonnen erhalte. Ueber Oberflächliche und feine Kohle haben wir seit Versailles ja keine unmittelbare Verfügungs Gewalt mehr. Dieser hatte die deutsche Forderung nicht tragend dahin beantwortet, daß alsbald ein Abkommen über die Verteilung der oberflächlichen Kohle durch eine Kommission getroffen werden soll, in welcher auch Deutschland vertreten sein werde. Damit konnten wir natürlich gar nichts anfangen. Um diesen Punkt wurde nicht gekämpft. Wir wollten unbedingt eine bestimmte und womöglich bindende Zusicherung haben. Lloyd George erklärte auf das Verlangen der deutschen Delegation ausdrücklich, daß die Alliierten grundsätzlich die deutsche Auffassung teilen, und daß sie für die Kommission Anweisung geben wollten, für die notwendigen Entscheidungen zu sorgen. Auch damit konnte man sich noch nicht zufrieden geben. Den Deutschen wurde auf ihr Verlangen ein mit der Unterschrift des Generalsekretärs befähigter amtlicher Auszug aus dem Sitzungsprotokoll mit den Ausführungen Lloyd Georges übergeben, wodurch die Forderung der Alliierten Delegationsmitglieder erfüllt war. Aber man muß es ausdrücklich sagen, daß eine klare Entscheidung in dieser Frage leider nicht getroffen ist. Erst die Umsetzung dieser bei den Alliierten zum Ausdruck gelangten Auffassung in die Wirklichkeit wird uns über den Wert der Erklärungen belehren.

Der kritische Punkt bei dieser Kohlenfrage wie bei der Entwaffnungsfrage war aber die Einmarschdrohung der Entente. Es ist ein uneludliches, die Ruhe nicht nur Deutschlands, sondern von ganz Europa immerfort bedrohender Zustand, daß „Friedens“-Politik und in ihr friedliche Wirtschaftspolitik unter stetem Schweben ins Werk gesetzt werden soll. Die Einmarschdrohung der Entente ist wiederum in derselben schroffen Form wie bei der Entwaffnungsfrage erfolgt. Nicht erst nach Ablauf der sechs Monate, für welche das Kohlenabkommen geschlossen ist, sondern schon am 15. November 1920 soll militärische Gewalt zur Erzwingung der Ausfuhr des Kohlenabkommens angeordnet werden, wenn an diesem Tage für die drei Monate August, September, Oktober nicht die zugesagten sechs Millionen Tonnen Kohlen bis auf das letzte Pfund geliefert sind. Diese Drohmethode ist für die Wiedergutmachung der Welt von geradezu verheerender Wirkung. Kann man denn wirklich in den harten blickenden Kreisen der Entente des Glaubens sein, daß ein 60-Millionen-Volk auf die Dauer, womöglich für die 30 Jahre, für welche die Lieferungsverpflichtungen Deutschlands gegenüber den Alliierten laufen, unter folchem fortgesetzten Druck gehalten werden kann? Kann man wirklich auf der Gegenseite glauben, daß das Kulturvolk der Deutschen die asiatischen Skavenhalmstermanieren auf die Dauer sich gefallen lassen wird? Es war selbstverständlich, daß druckfesterseits diese Drohung auf keinen Fall anerkannt werden konnte. Es hat stundenlang, dramatischer Verhandlungen bedurft, um die Entente zu bestimmen, auf die Unterzeichnung dieses Teiles des Protokoll durch die Deutschen zu verzichten. Es muß anerkannt werden, daß die deutschen Delegierten sich vortrefflich in diesen Dingen gehalten haben. Bei dem Geiste, der aber immer noch auf der Gegenseite herrscht, muß man sehr ernstlich in Zweifel sein, ob praktisch etwas erreicht ist. Die Entente wird, wenn es darauf ankommt, erklären, daß sie für Maßnahmen, die sie für richtig hält, der Zustimmung der Deutschen gar nicht bedürftig. Man darf sich keiner Täuschung darüber hingeben, daß die Einmarschdrohung eines Tages wahr gemacht wird, auch ohne deutsche „Anerkennung“ oder formelle Zustimmung.

Aber noch einen anderen, nicht minder schweren Stachel lassen diese Kohlenverhandlungen von Spa im deutschen Volke zurück. Nach der Anlage zu dem Kohlenabkommen wird in Berlin eine ständige interalliierte Kohlenkommission als Verhandlungsbüro der Wiedergutmachungskommission eingerichtet. Wenn auch die Aufgaben dieser Kommission nicht mehr so weit gehen, wie das Anfangs von der Entente geplant war, so zwar, daß ohne „Genehmigung“ dieser Kommission kein Zentner Kohle weder an Industrie noch Private hätte verteilt werden können, so werden dieser Kommission doch Rechte eingeräumt, deren Ausübung von ungeheurer einschneidender

der Bedeutung für das gesamte deutsche Wirtschaftsleben ist. Um es kurz herauszusagen: Diese interalliierte Kohlenkommission in Deutschland wird nichts anderes als eine Bevormundungskommission für das deutsche Wirtschaftsleben sein. Ueber die materiellen Folgen dieser Einrichtung haben wir uns an dieser Stelle schon ausgesprochen. Es muß aber auch auf den moralischen Eindruck hingewiesen werden. Wir dürfen unsere Augen vor der unheilvoll grusamen Tatsache nicht verschließen, daß wir in dieser Kommission einen Oberkontrollrat über das deutsche Wirtschaftsleben und die deutsche Volkswirtschaft in ihrer Gesamtheit, nicht zuletzt aber auch für den deutschen Außenhandel, für die Produkte der deutschen Exportindustrie vor die Nase gesetzt erhalten. Damit ergeben wir uns bezogen müssen wir uns begeben eines guten Teiles unserer wirtschaftlichen Freiheit und Selbstbestimmtheit. Wir werden nicht mehr die Herren in unserem eigenen Wirtschaftswesen sein. Wir müssen uns das mit aller Deutlichkeit klar machen, denn nur die volle Erkenntnis unserer Lage, die auch nach Spa so vieler unter uns nicht in ihrer furchtbaren, niederstimmenden Schwere zum Bewußtsein gekommen ist, wird uns auf den Weg der einmütigen Geschlossenheit zu führen vermögen, den uns die Selbstbestimmung weist. Wir fürchten sehr, daß aus der Tätigkeit einer solchen Kontroll- und Bevormundungskommission die unheilvollsten internationalen und in Verbindung damit innerwirtschaftlichen Folgen erwachsen werden, die wir heute noch gar nicht in ihrer ganzen Tragweite zu übersehen vermögen. Das ganze Wirtschaftsleben erhält eine Beklemmung und eine Wucht, die völlig und absolut schroff entgegensteht derjenigen Grundlage und beizugehörigen wirtschaftspolitischen Richtung ist, die im heutigen Deutschland gelten und auf die gerade die Linksparteien nicht wenig stolz auf die „Erzeugnisse der Revolution“ stolz sind. Das deutsche Wirtschaftsleben erhält, nachdem sich die Revolutionäre gerührt haben, den deutschen „Kapitalismus“ niederzulegen zu haben, nun einen anderen kapitalistischen Einfluß. Und zwar werden sich von nun an die Ententekapitalisten als die eigentlichen Beherrscher des deutschen Wirtschaftslebens und die eigentlichen Herren der deutschen Arbeiterschaft fühlen und ausprägen. Hinter ihnen steht ja derzeit der Ententemilitarismus. Man braucht nur diese Lage zu studieren, um zu zeigen, welche ungeheure Exploitationskraft in ihr steckt. Man darf sicher sein, daß gerade von radikaler Seite unabhänglich versucht werden wird, die deutsche Arbeiterschaft unter Hinweis auf die oben geschilderten Punkte immerfort in Aufregung, Unruhe und Unzufriedenheit zu halten. Es ist ein dringendes Gebot vaterländischer Verantwortlichkeit, diesen unabweislichen, ja schon voranschreitenden Treiben mit aller Kraft entgegenzutreten. Was jetzt gearbeitet und geschafft wird und was insbesondere an Leistungen den deutschen Bergarbeitern häufig anverlangt wird, geschieht um des Wohles des ganzen Volkes willen.

Hier handelt es sich nicht um Partei, auch nicht um Klassenfragen, hier handelt es sich um nichts geringeres, als um die Zukunft für das Vaterland und für das Volk selbst. Nur mit dem Geiste der Einheit, der Treue und der Opferwilligkeit werden wir die furchtbare Lage zu meistern vermögen. Die Kohlenfrage ist zu Ende, die Leidenszeit Deutschlands beginnt!

Zur Zahlung der Frühbruschprämien

Von zuständiger Seite wird uns geschrieben:

Es ist ein wahres Verhängnis, daß die Brotverknappung, die das ernsthafteste Problem für die Regierungen aller anderer Völker ist, von einer Krise zur anderen schreitet. Unsere heimischen Grenzen, die ebenso wenig wie die der anderen großen Industriezonen, für die großen Städte ausgerichtet haben, sind durch die gewalttätige Beschleunigung gerade unserer besten Getreideprovinzen kleiner geworden; die uns geliebten Felder sind ausgezogen und bedürfen langer Pflege, um wieder das reiche Vers zu tragen, das vor dem Krieg auf ihnen wuchs. So muß unter den arbeitsreichen Systemen eine Auslandsbeschaffung gesucht werden, um eine entsprechende Ausfuhr von Industrieerzeugnissen, die allein diese Lücke ersetzen kann, nicht unmöglich zu machen. Trotzdem das Korn bis an die Grenze der Möglichkeit angesetzt wird, haben wir ein Volk, das selbst ein so reiches Volk wie das unsere nur mit Mühe ernährt.

Aber auch dieses Brot des Leidens und der Not ist uns für das kommende Jahr keineswegs gesichert. Die Zufahren über See sind allen Gefahren der Seefahrt unterworfen, zu denen namentlich noch Arbeitsmangel treten. Komatlang haben die Hafenarbeiter in Holland gestreikt und alle Transporte nach Deutschland aufgehalten, daran schloß sich der Streik der deutschen Binnenarbeiter. So schwerend wirkt auch die Einführung des Währungsdeutages, die gerade in der Schifffahrt bitter empfunden wird, weil sachverständiges Personal, gekürzte Sozialer und Binnenarbeiter nicht um die zahllosen Gewerbetreibenden aus anderen Verufen herbeigeholt werden können. Der hellandische Transportarbeiterstreik ist kaum beendet, der Streik der deutschen Binnenarbeiter ist eben erst beendet und schon kommt die Nachricht aus Argentinien, neben Nordamerika dem für uns wichtigsten Ausfuhrland, daß die Hafenarbeiter kein Getreide mehr nach Europa verladen wollen, weil der dortige Brotpreis enorm gestiegen ist.

Unter diesen Umständen muß die Reichsregierung, um ihren Bedarf nicht weiter aus laufenden Eingängen decken zu müssen, die in der Unsicherheit ihres Eintreffens die Gefahr einer Durrgerüst von einem Tage zum anderen beständig enthalten, sich Reserverbestände schaffen.

Diese Aufgabe wird erleichtert durch die Volkswirtschaftlichen, die infolge der Abkürzung der Erzeugnisse speziell dort vorhanden haben, aber auch sonst überall gemachten sind. Technische Förderung der Ernteerbringung durch die Zumeilung von Traktoren und Arbeits-